



haltung in die Friedenswirtschaft aller Schwierigkeiten Herr zu werden wissen.

Gewiß, diese Schwierigkeiten sind nicht gering. Ebenso groß, wie die Anforderungen an Staat, Gemeinde, Industrie, Handel und Landwirtschaft beim Ausbruch und während des Krieges waren, so groß werden sie sein, wenn es gilt, die Volkswirtschaft wieder auf die Friedensarbeit einzustellen. Die Wurzeln unserer Kraft liegen im inneren Markt, das muß auch bei dieser Arbeit unser vornehmster Grundgedanke bleiben. Deutschland muß betriebl. selbst zu erzeugen, was es braucht und zugleich zu verbrauchen, was es erzeugt an Lebensmitteln, Bekleidungsstoffen, an Waffen, Kriegsbedarf und Maschinen. Das ist eine der Hauptaufgaben dieses Krieges. Ueberdies werden unsere Feinde die Räume schon nicht in den Himmel nachsehen; auch sie werden schon merken, daß man uns nicht etwa um unsere schönen Ruinen willen früher begeben hat, sondern daß gute Bekleidungs- und verkehrsmäßig billiger Preis der Ware noch immer im Wettbewerb der Völker entscheidend gewesen sind. Wenn wir nur die Kräfte nicht verlieren und durchhalten, werden nach Lage der Dinge die wirtschaftlichen Erfolge, unter denen wir selbstredend auch zu leiden haben, unsere Feinde eher zum Frieden nötigen als uns; zudem haben sie uns wirtschaftlich nötiger als wir sie. Der Krieg hat in geradezu verblüffender Weise gezeigt, daß die leistungsfähigsten Industrieländer einschließlich Amerika von der Lieferung deutscher Rohstoffe fast abhängig sind. Gewiß gingen vor dem Kriege für 2/3 Millionen Mark jährlich ins feindliche Ausland mehr Kolonialen, aber wir sind noch nicht nur Lieferant, sondern auch Käufer. Für 1/2 Millionen Mark jährlich haben wir vor dem Kriege dem feindlichen Ausland abgekauft; diese enormen Wertminderungen müssen also zunächst unsere Feinde bei sich selbst ablesen. Arthur Schabell traf wohl das Richtige, als er vor etwa Jahresfrist im „Economist“ ausführte: „Ein Wirtschaftskrieg würde Deutschland zweifelslos treffen, aber England nicht minder, und zum großen Teil würde er überhaupt ein Schlag ins Wasser sein.“

Welchen Wirtschaftskrieg werden wir gemeint mit unseren Bundesgenossen begehren müssen, ohne uns die mitteleuropäischen Ueberwindlichkeiten eines Friedrich Naumann zu eigen zu machen, der vergißt, daß Wirtschaftskriegsfragen Friedensfragen sind, die sich nicht nach dem Gesicht behandeln lassen, Friedensfragen, die eben politischer Natur sind, weil sie beim Friedensschluß eine große Rolle spielen werden. Durch die Ueberwindung des von gelegentlichen Streitfragen getrieben an sich sehr schönen Gedankens der Allotien trägt man unter Umständen in die politische Einzelhaftigkeit und Einzelhaftigkeit der internationalen Wirtschaftskriegsfragen hinein und dadurch mannde unntige Erbitterung, die dem Wirtschaftskriegs ebenfalls nicht förderlich ist. Je loyaler die beiderseitige wirtschaftliche Bekämpfung ist, um so leichter kann das politische-militärische Bündnis vor ihrem zerlegenden Einfluß behauptet werden. Allen Umständen nach wollen auch die Unterhändler, die in diesen Tagen in Wien zusammengetreten sind zur Verfection der Handelsverträge zwischen Deutschland und Serbien, Ungarn, nach diesem Wirtschaftskrieg verfahren. Die Rat der Zeit und der wirtschaftlichen Wettbewerb der Feinde wird die beiden Verbündeten schon auch wirtschaftlich zusammenführen.

Der Wirtschaftskampf gegen unsere Feinde wird uns aber auch zwingen, die Militarisierung unserer Wirtschaft, zu der wir während des Krieges übergegangen sind, nicht etwa schon gleich mit dem Friedensschluß aufzuheben zu lassen. Die Gefahr, daß unsere Volkswirtschaft durch eine unregelmäßige und übermäßige Einfuhr, besonders von fremden Rohstoffen ausgenommen, zu erschöpfen wird, ist ebenfalls größer als die Gefahr, daß Handel und Industrie durch die vorläufig noch weiter bestehende Sanierungsorganisation und Kontingentierung dauernden Schäden leiden, und die Wirtschaft, es könnten durch ein solches Vorgehen dem Staatssozialismus allsehr die Wege gebnet werden. Die individuelle Energie im Wirtschaftsleben wird auch schon wieder zu ihrem Recht kommen; die haben wir später ebenso nötig, sie darf nicht dauernd durch staatspolitische Maßnahmen allsehr eingekengt werden, denn ihr Verhalten wird die Wirtschaften von Industrie, Handel und Gewerbe. Bei der Ueberwindung der Wirtschaftskriegsfragen muß die Erzeugung im Vordergrund stehen, daß der volkswirtschaftliche Grundgedanke möglicher Produktionssteigerung und möglicher Wahrung der Grundlagen unserer Wirtschaft zusammengehen muß mit dem sozialpolitischen Gesichtspunkt, allen im Lande die Grundlagen der Erziehung zu geben und zu befestigen.

Zur harten Kampfe werden wir uns auch wirtschaftlich wieder durchsetzen müssen; die Forderung des Wirtschaftskriegs werden uns nicht zu verhehlen können; ihr Programm bedeutet den Kampf, bedeutet Verzicht auf den Schutz der nationalen Arbeit auf Kosten des ausländischen Wettbewerbs, bedeutet Verleugung der Arbeiterkraft, auf die sie sich politisch stützen wollen, und die es ihnen später durch nicht danach, wenn ihr auch jetzt, beeinflusst durch ihre fursichtigen und ehrgeizigen Führer, die dem internationalen Prinzip alles zu opfern bereit sind, dazu die Einsicht fehlt. Alles, was wir erlangen haben, hat uns nicht der Wirtschaftskrieg, sondern der Wirtschaftskampf gebracht und alles das wollen wir uns jetzt nicht kampfblos nehmen lassen. Doch weil es einigen Kapiteln so gefallt, die Erzeugnisse, die uns beinahe drei Jahre hindurch unabhängig vom Ausland gemacht haben, müssen bleiben der Gewinn für uns sein. Unsere künftige Wirtschaftspolitik darf nicht von dem Gedanken geleitet sein, ob wir diesen oder jenen Artikel etwas billiger vom Ausland beziehen können, als eine Verfertigung im Inlande möglich ist, sondern sie muß von dem Gedanken getragen sein, daß der Schutz der heimischen Produktion eine der wichtigsten Aufgaben ist, daß wir auch nach dem Kriege das Geld im Lande behalten müssen, daß wir aber endlich den Studium des zukünftigen ärarischen Deutschlands nicht besser berechnen können, als durch äußere Ausnutzung seiner natürlichen Schätze und Kräfte, durch Ueberwindung alles dessen, was die deutsche Erde besitzt und hervorbringt. Wirtschaftskrieg? Im Innern? Ja, den haben wir dazu mehr als je nötig. Aber nicht, um die dazu gewonnenen Kräfte bradien zu lassen im Kampf um unsere Existenz, sondern um uns den Wirtschaftskrieg in der Welt zu erzwängen, unter zubeingehen, die es uns ermöglichen, einen inneren Wirtschaftskrieg entgegenzusetzen, was wir von der Sonne des Weltmarktes einnehmen. Gehen uns unsere Feinde diesen nicht gutwillig unter Anfernung unserer Macht, auf so sollen sie den Wirtschaftskampf haben und erfahren, daß wir auch diesem Ansturm gewachsen sind.

### Kaiser Karl und die Bevölkerung Ogalziens

Wien, 8. Aug. Auf eine vom Obmann des Ukrainischen Klubs Romanowicz an die Militärkanzlei des Kaisers anlässig, die Bevölkerung Ogalziens und der Bukowina geräthete Bitte, daß gegen die Bevölkerung Ogalziens mit größter Milde vorgegangen und insbesondere die Zwangsfrage berichtigt werden möge, unter der die Bevölkerung unter russischer Herrschaft gestanden habe, erhielt Romanowicz von der Militärkanzlei die Mitteilung, daß der Kaiser gleich bei Beginn der jüngsten Offensive in Ogalziens anbehielt der Bevölkerung der wiedergewonnenen Gebiete mit Wohlwollen entgegenzukommen und daß der Kaiser angeordnet habe, daß in den wiedergewonnenen Gebieten Ogalziens und der Bukowina Justifizierungen auf Grund des Kriegsbrotrechts ohne gerichtliches Eingebornen und Beurteilung nicht stattfinden dürfen und daß in Zukunft alle bei der Armee im Felde gefällten Robesurteile dem Armeoberkommando zur Verfügung zu stellen.

### Die deutsch-österreichisch-ungarischen Besprechungen

Wien, 8. Aug. Das „Freundenblatt“ meldet: Im Ministerium des Innern wurden gestern die Besprechungen über die Ernährungsfragen, die Österreich-Ungarn und das Deutsche Reich betreffen, fortgesetzt. Diesmal nahm auch der Minister des Innern Graf Czernin teil. Aus Ungarn waren u. a. Vizekanzlerminister Wassffy und der Präsident des Verfassungsausschusses Graf Szabó und der Finanzminister Graf Czakó zugegen. Die Besprechungen bezogen sich auf die Sicherstellung der Ernte und die Feststellung der Vorräte Ungarns, Österreichs, Deutschlands und Rumäniens, sowie auf die Feststellung der Bedürfnisse und einer gerechten Verteilung. Von heute ab nimmt auch ein Vertreter des Deutschen Reiches an den Beratungen teil.

### Erklärungen Radoslawows

Sofia, 7. Aug. (Bulgarische Telegraphen-Agentur.) Vor seiner Abreise ins Ausland gab Ministerpräsident Radoslawow vor Vertretern der heiligen Presse folgende Erklärungen ab: Unsere nationale Einheit ist durch Verträge wahrenhaft, die uns und unsere Verbündeten an eine geheiligte unüberletzbare Sache knüpfen. Die Treibereien unermantwortlicher Verraten werden unterem Werk in keiner Weise schaden können. Die Friedensformel bezüglich der Angelegenheiten unserer Verrätertrügler hat die Rechte Bulgariens auf den Besitz der besetzten Gebiete. Unsere Verbündeten haben uns diesbezüglich formelle Zusicherungen gegeben, da wir ja keineswegs Krieg führen, um eine imperialistische Ausbreitung zu erzielen, sondern um die nationale Einheit zu verifizieren. Bulgarien wird demnach die bisher von seinen nationalen Erbgut abgetrennten Teile vereinigen und die durch den Verrat von Bulgaren begangenen Ungerechtigkeiten in billiger Weise wieder gutmachen. Die wirtschaftliche Lage des Landes ist sehr gut. Die Bestimmungen zu den Verbündeten sind ausgesprochen.

### Englische Vernehmung

London, 7. Aug. (Fernmeldung.) Im Unterhaus fragte ein Abgeordneter, ob der Staatssekretär des Innern annehmen zu können gäube, daß die deutsche Regierung ihr am 4. August 1914 gegebene Versprechen selbst im Falle eines bevorstehenden Zusammenstoßes mit Belgien unter keinerlei Vorwand, belgisches Gebiet zu annektieren, halten oder verweigern werde. Lord Robert Cecil erwiderte: Soweit ich unterrichtet bin, ist die deutsche Regierung sorgfältig darauf bedacht gewesen, die Welt nicht daran zu erinnern, daß sie 1914 Großbritanien ausdrücklich versprochen hat, unter keinerlei Vorwand belgisches Gebiet zu annektieren. Nach Mitteilungen, die von offener inspirierter Quelle ausgehen, ist dies ein Versprechen, welches sie, wenn sie kann, zu verweigern beabsichtigt.

Lord Robert Cecil ist seinerseits sorgfältig darauf bedacht, die Welt nicht daran zu erinnern, daß diese Fügung die Erhaltung der Neutralität Englands bezwecke und zur Voraussetzung habe.

### Eine neutrale Stimme über die englischen Kolonialpläne

Kritikiana, 8. Aug. „Anteilnahme“ schreibt in einem Leitartikel unter der Ueberschrift „Englische Friedensvorstellungen“: Begrüßenswerthe denke England nicht an Eroberungen in Europa. Wo sollte es sie auch hernehmen? Weniger bedenklich sei es aber in Asien und Afrika, wo besonders Mesopotamien und die deutschen Kolonien verlockende Pflanz sind. Englands Sorge um die Schwarzsee wäre bei gewiß unumstößlich, aber keineswegs als die anderer, was jeder, der eine Kolonie gesehen habe, bestätigen könne. Außerdem sei es so schwer für das befeindete Regieren gegenüber zu weidrigerer Aktion, die Schwarzen ihren alten weißen Herren wieder auszuliefern. Bei Betrachtung der Weltkarte müßte jeder von dem Gedanken betroffen werden, daß Großbritanien jetzt eigentlich wirklich genug Kolonien hätte und sie nicht anderen wegnehmen bräuhde. Europa wolle nicht wegen der englischen Kolonialpläne verlorben; das habe es früher getan, aber jetzt gelte es, andere Dinge zu tun.

### Die bulgarische Königsfamilie in Friedrichshafen

Friedrichshafen, 8. Aug. Heute vormittag sind der König der Bulgaren, Kronprinz Boris und Prinz Schiril von Bulgarien zum Besuch des königlichen Hofes hier eingetroffen. Auf dem Bahnhof war der König mit Gefolge anwesend. Nach gegenseitiger herzlicher Begrüßung begab sich die Fürstlichkeiten auf den Bahnhofsverbot, wo der König der Bulgaren unter den Klängen der bulgarischen Nationalhymne die Front der Ehrenkompanie abschritt. Es waren hundert die bulgarischen Prinzen, Ministerpräsident Radoslawow und Ministerpräsident Weizsäcker, vom Publikum freudig begrüßt, zum königlichen Schloß für den Nachmittag ist eine Rundfahrt auf dem Bodensee vorgesehen, für abends 8 Uhr große Tafel im Commercial.

### Züricher Heeresbericht

Konstantinopel, 8. August. Antistich Bericht vom 7. August. Nietsche Militärkommande einen Heeresüberfall gegen die Insel Chios. Gute Wirkung wurde gegen die im Süden liegenden Schiffe, gegen eine feindliche Flotte und in der Nähe befindliche Seereisende. Die Insel wurde durch einen unserer Feuer, zog sich aber zurück, nachdem er einen Vortreiber erlitten hatte. Somit keine besonderen Ereignisse.

### Die neuen Männer in Rußland

Petersburg, 7. Aug. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Am Abend des 6. August erfolgte die Ministerkrise ihres endgültigen Schicksals. Ministerpräsident Kerenski bildete das Kabinett auf der von ihm am 4. August formulierten Grundlage. Seit dem Verfallenen führte Kerenski persönlich die Besprechungen mit den verschiedenen Vertretern der fünf politischen Parteien, die an der Konferenz im Winterpalais am 8. August teilgenommen hatten. Es wird behauptet, daß alle Kerenski großen Eifer bezugnehm, an der Bildung eines notariellen Kabinetts tätig mitzuarbeiten. Dieses wurde von Kerenski gebildet, indem er die Vertreter aller politischen Parteien in das Kabinett eintraten ließ. Die dem Ministerpräsidenten Kerenski entschlossen hatte, die Parteiführer des Reiches und der Marine zu befragen, wählte er zum unmittelbaren Mitarbeiter im Kriegsministerium den Revolutionären Gwinow, der als Kommissar der Vorkämpfer der Bewegung an der Front in tätiger Weise zur Orientierung und energig gegen die Demoralisation der Truppen kämpfte, und zum Mitarbeiter im Marineministerium den Emigranten und Leutnant der französischen Armee Sberdow, der die Leitung des Marineministeriums bekleidete, aus der Partei der Sozialdemokraten. Die von Kerenski ernannte Regierung anerkennt nicht, daß Kerenski eingetreten. Kerenski lehnte trotz der Witter Kerenski jedes Ministeramt ab mit der Begründung, er wünsche, die Völlig der Tätigkeit in demokratischen Organisationen zu widmen. Kerenski hat jedoch versprochen, dem neuen Kabinett seine vollkommene Unterstützung zu gewähren. Kerenski wollte nur die Vertretung des Ministerpräsidenten beibehalten. Er nahm jedoch das Finanzministerium an, da er neue Schritte an den Parteien des Sozialdemokraten für die Erneuerung nicht aufzugeben gäube, und er sich an den Parteiführer des Sozialdemokraten Kerenski einen Spezialisten in dieser Frage, den Professor Bernacki ein, der der radikal-demokratischen Partei angehört. Die Oligarchen Godev, der ehemalige Staatskontrollleur und Wlow, der ehemalige Generalprokurator des Heiligen Synods sind nicht in die neue Regierung eingetreten. Kerenski drückte ihnen sein lebhaftes Bedauern aus, sie nicht unter seinen Ministerien zu sehen, er hoffe, wieder Gelegenheit zu haben, mit ihnen zusammenzuarbeiten.

Von den neuen Ministern ist Rusentien der Minister des Innern, der als Vollzugsminister der Regierungsgeschäften und Mitglied der Reichsversammlung der Partei der Revolutionären Sozialisten, Kufopowitsch, der Minister für Handel und Industrie, ist Sozialist, Wirtschaftsspezialist und Präsident des jüngst geschaffenen Wirtschaftsausschusses. Jafschin der Justizminister, ist volkstümlicher Sozialist, besondere bekannt aus dem Weis-Prozess. Kofschin, der Staatskontrollleur, ist Mitglied der Kadettenpartei, Professor der Rechte und ehemaliger Präsident des Justizkollegiums für die Vorbereitung der Einbringung der Verfassungsgesetze. Berkowitsch, der Minister für Post und Telegraphen, ist Sozialist, Mitglied der ersten Duma, Gehilfe des Bürgermeisters von Moskau. Odenburg, der Unterrichtsminister, ist Kadett, Mitglied und ständiger Sekretär der Akademie der Wissenschaften. Witkin, der Minister für Post und Telegraphen, ist Minimalistischer Sozialdemokrat, Abbotat und Führer der Moskauer Partei. Die Regierung plant die Schaffung eines besonderen Organs, dessen Aufgabe die oberste Leitung in allen Fragen sein soll, die sich auf die nationale Verteidigung beziehen. Der letzte Teil der Erklärung Kerenski vom 4. August wies auf dieses Organ an, in dem er die Möglichkeit betonte, die Verantwortung des Ministerpräsidenten auf dem Gebiete der obersten Staatsverwaltung zu verlagern.

### Kerenski über die Aufgaben des neuen Kabinetts

Petersburg, 7. Aug. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Die getrige Sitzung der vorläufigen Regierung hat unter dem Vorsitz Kerenski's stattgefunden, der in der Eröffnungsrede sagte: Das neue Kabinett wird seine ganze Aufmerksamkeit auf die Frage der Landesverteidigung und die Organisation des Kabinetts hinter der Front, wobei auch die Finanzen und das Budget zu berücksichtigen sind. Die Regierung muß energig fordern alle Mitglieder der Regierung auf, ihre Anstrengungen zu verdoppeln, sowohl hinsichtlich der Organisation und Befestigung der Gewalt, wie der Verfertigung der Tätigkeit der einzelnen Verwaltungsbereiche. Nach der Rede Kerenski's gab der Minister des Innern eine Darlegung über seine bevorstehende Reise in das Hauptquartier. Die Regierung beschloß den Kosten eines Deputierten des Synods abzuschaffen und ein Ministerium des Kultus zu errichten, an dessen Spitze der Deputierten des Synods Kartschew treten wird.

Petersburg, 7. Aug. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Der Minister des Innern Kerenski's Fozow und der rumänische Gesandte in Petersburg Diamandi haben sich in das Hauptquartier begeben.

Wien, 8. Aug. Der „Matin“ berichtet aus Petersburg: Die russische Regierung, erklärte Pressevertretern, er beabsichtige, die Regierung mit oder Modat zu unterliegen und energig gegen jeden Revolutionsversuch von rechts oder links zu kämpfen. Seine erste Tat werde sein, alle in Petersburg befindlichen Truppen sofort zur Front zu schicken, da sie in Petersburg durchaus unnützig seien.

Wien, 8. Aug. „Monte“ zufolge erklärte die Abgeordneten des Arbeiter- und Soldatenrates, daß sie nicht wollen, daß die Stockholmer Konferenz eine Zusammenkunft werde, die über die Kriegsverantwortlichkeiten urteile. Sie wollten in Stockholm freie moralischen Reden halten, sondern auf sozialistischer und proletarischer Grundlage eine Politik machen.

Wien, 8. Aug. „Progres de Lyon“ meldet aus Petersburg: Die Regierung beschloß, jede Verletzung zum Einbehaltener mit dreißigjähriger Gefängnisstrafe zu ahnden. Es wurden Maßnahmen getroffen, um die regelmäßige Abwicklung des Verkehrs auf den Sowjetlinien sicherzustellen.



